

Schweiz: Co-Präsident von Pink Cross sitzt im Kirchenparlament

Michel Rudin setzt sich als Co-Präsident des Schwulenverbands Pink Cross für die «Ehe für alle» ein. Er sitzt auch im Parlament der reformierten Kirche des Kantons Luzern. Diese hat vor 25 Jahren Pioniergeist bewiesen.

Sie hängen auch in Luzern an Hauswänden und Balkonen; die Regenbogenfahnen mit dem Satz «Ja, ich will». Sie werben für ein Ja zur eidgenössischen Vorlage «Ehe für alle», über die am 26. September abgestimmt wird. An vorderster Front setzt sich Michel Rudin dafür ein. Der 35-Jährige wohnt in Luzern und ist Co-Präsident von Pink Cross, der Dachorganisation der schwulen und bisexuellen Männer in der Schweiz. Dem Verband sind 40 schwule oder lesbischwule Vereine, 20 Betriebe und über 2'200 Einzelmitglieder angeschlossen. «Der Kampf für einen gleichberechtigten Zugang zur Ehe war meine Hauptmotivation, als ich mich vor acht Jahren entschied, das Co-Präsidium von Pink Cross zu übernehmen», sagt Rudin.



Für Michel Rudin geht es um nichts anderes als um gleiche Rechte für alle. Denn die eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare ist der Ehe weder symbolisch noch rechtlich gleichgestellt. Rechtliche Unterschiede zur Ehe bestehen bei der Einbürgerung, bei der Adoption von Kindern und im Bereich der Fortpflanzungsmedizin. Dass Abstimmungsgegner die Ehe als christliche Verbindung zwischen Mann und Frau verteidigen, lässt Rudin nicht gelten: «Die Bibel ist voller Widersprüche. Wer sie wortgetreu auslegen will, stösst schnell an die Grenzen.» Michel Rudin weiss, wovon er spricht: Er ist Mitglied der Synode, also des Parlaments der reformierten Kirche des Kantons Luzern.

Auch Argumente, gleichgeschlechtliche Paare seien schlechtere Eltern als heterosexuelle, kontert Rudin: «Das Familienbild mit Mann, Frau und Kind entspricht schlicht nicht der Realität. So gibt es etwa viele alleinerziehende Mütter und Väter. Wichtig ist, Kindern Liebe und Geborgenheit geben zu können. Ich wüsste nicht, weshalb es Kindern, die zwei Mütter haben, dieses Kriterium nicht erfüllen sollten.» Rudin blickt trotz dieser Argumente noch nicht zu optimistisch Richtung Abstimmungssonntag. «Wir müssen möglichst viele Leute motivieren, abstimmen zu gehen.»

Widerstand ist von Teilen der SVP-Wähler und konservativ-religiösen Kreisen zu erwarten. Abgesehen haben es Pink Cross und Partnerorganisationen deshalb auf eher linke Wählerinnen und Wähler und auf solche mit liberaler Einstellung: «Erstere könnten wir mit Werten wie gleichen Rechten überzeugen, zweitere mit dem Argument, dass Ehe und Familie höchst private Angelegenheiten sind, in die der Staat nicht eingreifen soll.»

Reformierte Kirche bezieht klar Stellung

Wer Michel Rudin sprechen hört, spürt die Erfahrungen, die er als Homosexueller gemacht hat. Homophobe Sprüche gebe es leider heute noch. Trotz allem versteckt er sich nicht. So engagiert sich der Unternehmer auch in der Politik. In Lyss, wo er aufwuchs, politisierte er im Stadtparlament, später dann auch im Berner Kantonsparlament. Heute ist er Co-Präsident der Grünliberalen des Kantons Luzern. Weiter ist er Gründer der Swiss Diversity Award Night, einer Gala-Party, welche die Vielfalt feiert. Eine der wichtigsten Feiern soll am 26. September steigen.

Rudin war gerade einmal zehn Jahre alt, als die reformierte Landeskirche des Kantons Luzern als erste in der Schweiz die Segnung für nicht verheiratete Paare und explizit auch für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt hatte. Mit Blick auf die Kirchenordnung von 1996 sagt die heutige Synodalaratspräsidentin Lilian Bachmann: «Für die reformierte Landeskirche ist dieser Schritt, der nun auf zivilrechtlicher Ebene vollzogen werden soll, im gemeinschaftlichen Zusammenleben nichts Neues.» Die Präsidentin der Exekutive führt aus: «Wir verstehen uns als Volkskirche und sind für alle da. Vor Gott und dem Gesetz sollen alle Menschen gleich sein. Die Gleichstellung aller Menschen – auch bei der Ehe – ist ein Menschenrecht.»

Welche Einstellung die römisch-katholische Landeskirche des Kantons Luzern zur «Ehe für alle» hat, ist offen. Der Synodalrat tagt erst nach den Sommerferien wieder, heisst es auf Anfrage. Die Schweizer Bischofskonferenz hat sich schon im Dezember des letzten Jahres gegen die Vorlage ausgesprochen. Bundesrat und eidgenössische Räte haben der «Ehe für alle» zugestimmt; darunter auch die Luzerner Ständeräte Andrea Gmür (Mitte/CVP) und Damian Müller (FDP). Die Luzerner Nationalräte Yvette Estermann, Franz Grüter (beide SVP) und Leo Müller (Mitte/CVP) haben die Vorlage in der Schlussabstimmung abgelehnt.

Luzerner Zeitung / 9.8.2021